

Palästinensische Wahlen: Demokratie für niemanden

Yara Hawari, aljazeera.com, 27.01.21

Es gibt ausreichend Grund anzunehmen dass, die für dieses Jahr geplanten palästinensischen Wahlen, weder frei noch fair sein werden.

Am 15. Januar kündigte Mahmoud Abbas, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) an, dass noch dieses Jahr Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Westbank und im Gazastreifen stattfinden werden. Die Entscheidung wurde, 15 Jahre nachdem Abbas für eine eigentlich vierjährige Amtszeit gewählt worden war, getroffen.

Tatsächlich wird die politische Opposition sowohl in der Westbank, als auch im Gazastreifen seit langem unterdrückt.

Nach vielen ähnlichen Ankündigungen, die sich nicht bewahrheitet haben, und angesichts des zunehmendem Autoritarismus der PA, steht ihre Glaubwürdigkeit allerdings in Zweifel. Es war nie ihre Priorität demokratische Prinzipien aufrechtzuerhalten, und die PA und auch Abbas' derzeitige Zustimmungswerte sind miserabel. Das wirft die Frage auf: Warum werden jetzt Wahlen angekündigt?

Unter der Trump-Administration wurde die Finanzierung der PA in den letzten Jahren gekürzt und Abbas komplett ins Abseits gedrängt. Seit Joe Biden bei den Präsidentschaftswahlen am 3. November 20 gesiegt hat, bemühen sich palästinensische Vertreter vehement darum, die Gunst der neuen Regierung zu erlangen und die Entscheidung, endlich Wahlen anzukündigen, ist eindeutig ein Teil dieser Anstrengungen.

Doch Eindruck bei der Biden-Administration zu machen ist wahrscheinlich nicht der einzige Grund hinter diesem Schritt. Auch einige inländische und internationale Akteure haben die PA unter Druck gesetzt, Wahlen abzuhalten. So ist die internationale Gebergemeinschaft sich zum Beispiel seit langem bewusst, dass es nicht gut aussieht, wenn man ständig eine Behörde und einen Präsidenten unterstützt, deren Mandat bereits seit über einem Jahrzehnt abgelaufen ist.

Für den Moment sind die Parlamentswahlen für den 22. Mai und die Präsidentschaftswahlen für den 31. Juli angesetzt. Es besteht jedoch immer noch die Möglichkeit, dass die PA die Wahl wieder einmal verzögert und die Schuld entweder der Hamas oder Israel zuschiebt.

Ein großes Hindernis, das der Wahl im Weg steht ist Jerusalem. In der Vergangenheit erklärten Abbas und andere palästinensische Vertreter, dass sie keine Wahlen in der Westbank und im Gazastreifen abhalten würden, wenn nicht auch die PalästinenserInnen in Jerusalem wählen gehen dürften.

Doch es ist unwahrscheinlich, dass irgendeine israelische Regierung palästinensische Wahlen in Jerusalem zulassen würde, da dies auf die Anerkennung einer legitimen palästinensischen Präsenz in der Stadt hinauslaufen würde und somit den israelischen Anspruch auf Souveränität über die gesamte Metropole in Frage stellen würde. Darüber hinaus könnte das israelische Regime sogar versuchen, palästinensische BewohnerInnen Jerusalems von der Teilnahme an den Wahlen abzuhalten, indem es ihnen droht, ihre Aufenthaltsgenehmigungen zu widerrufen, wenn sie dies tun.

Aber selbst wenn die Wahlen wie geplant stattfinden, werden sie wahrscheinlich weder frei noch fair sein. Die öffentliche Unterstützung für die Fatah in der Westbank und die Hamas in Gaza nimmt ab. Sie haben kein Mandat vom Volk und erhalten ihre Kontrolle über diese Gebiete durch Autoritarismus und Korruption aufrecht.

Wie Hamas und Fatah sind auch die internationalen Geldgeber nicht wirklich daran interessiert, dass die PalästinenserInnen ihre Führer demokratisch wählen. Es geht ihnen lediglich darum, eine palästinensische Führung zu haben, die sich nicht gegen ihre Vorstellungen sperrt.

Tatsächlich wird die politische Opposition sowohl in der Westbank, als auch im Gazastreifen seit langem unterdrückt. Regelmäßig werden JournalistInnen und AktivistInnen verhaftet, die die Behörden in Frage stellen oder Informationen enthüllen, die sie als repressiv, korrupt oder unfähig erscheinen lassen. Auch das israelische Regime hat eine große Rolle bei der politischen Unterdrückung gespielt, indem es Tausende von Palästinensern wegen „politischer“ Verbrechen inhaftierte und die meisten palästinensischen politischen Aktivitäten unter seinem unrechtmäßigen Militärgesetz verbot. Das Ergebnis war die Zementierung eines Einparteiensystems in beiden Gebieten und die Entpolitisierung der palästinensischen Gesellschaft.

Es ist also durchaus wahrscheinlich, dass sich die beiden Parteien darauf einigen werden, die Wahlen so zu gestalten, dass sie ihre dominanten Positionen in den Gebieten, die sie derzeit beherrschen, beibehalten können. Wahlen durchzuführen, wäre beim gegenwärtigen Status quo also demokratiefeindlich.

Darüber hinaus sind Wahlen lediglich verfahrenstechnische Prozesse und keinesfalls mit Demokratie gleichzusetzen. Nicht nur in Demokratien finden Wahlen regelmäßig statt, sondern auch in Ländern, in denen demokratische Eigenschaften ganz oder völlig fehlen.

Palästina gehört im Moment zur letzteren Kategorie. Daher würden Wahlen kaum mehr erreichen, als einen Status quo zu stützen, in dem es keinen demokratischen Raum gibt, und ein System, das nicht darauf abzielt, eine demokratische und repräsentative Führung hervorzubringen.

Wie Hamas und Fatah sind auch die internationalen Geldgeber nicht wirklich daran interessiert, dass die PalästinenserInnen ihre Führer demokratisch wählen. Es geht ihnen lediglich darum, eine palästinensische Führung zu haben, die sich nicht gegen ihre Vorstellungen sperrt. Das wurde bei den letzten Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat im Jahr 2006 sehr deutlich, als die Hamas einen Erdrutschsieg errang. Die internationale Gemeinschaft lehnte die Ergebnisse dieser Wahl ab, verhängte Sanktionen gegen die PA und hielt Finanzhilfen zurück, nur weil die PalästinenserInnen es gewagt hatten, eine Führung zu wählen, die sie selbst für ungeeignet hielten.

Israel hat wiederholt demonstriert, dass es alle demokratischen palästinensischen Ausdrucksformen, die sein Siedlerkolonialregime herausfordern, zerschlagen und nur eine untergeordnete palästinensische Führung zulassen wird. In den oberen Rängen der jetzigen palästinensischen politischen Elite ist man auch nicht an einem demokratischen Prozess interessiert, der ihre Positionen und ihre Privilegien in Frage stellen würde.

Es ist also klar, dass die vor Kurzem geplanten palästinensischen Wahlen nichts als politisches Theater sind, um die Tatsache zu verschleiern, dass unter den Hauptakteuren kein Interesse an der Förderung einer repräsentativen und rechenschaftspflichtigen palästinensischen Führung und einer demokratischen palästinensischen Gesellschaft besteht.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://www.aljazeera.com/opinions/2021/1/27/palestinian-elections-democracy-for-no-one>